

Bayerisches Gesetz- u. Verordnungsblatt

Nr. 27

München, den 7. Dezember

1956

Inhalt:

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes vom 5. Dezember 1956	S. 289
Verordnung über die Abgabe starkwirkender Arzneien (Abgabeverordnung) vom 27. November 1956	S. 289
Verordnung über die Vertretung des Freistaates Bayern im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz vom 30. November 1956	S. 293
Verordnung über die Errichtung eines Senats des Oberlandesgerichts München in Augsburg vom 30. November 1956	S. 294
Verordnung über die Errichtung amtsgerichtlicher Zweigstellen vom 30. November 1956	S. 294
Verordnung über die Errichtung von staatsanwaltschaftlichen Zweigstellen vom 30. November 1956	S. 294
Verordnung über die Sitze und Bezirke der Jugendgerichte vom 30. November 1956	S. 295
Verordnung über die Sitze und Bezirke der Schöffengerichte vom 30. November 1956	S. 295
Verordnung über die Übertragung von Geschäftsaufgaben auf die dem Staatsministerium der Justiz nachgeordneten Behörden vom 30. November 1956	S. 296
Verordnung über die Führung des Handelsregisters vom 30. November 1956	S. 297
Verordnung über die Bildung von Kammern für Handelssachen vom 30. November 1956	S. 297
Verordnung über die Zuständigkeit zur Verhandlung und Entscheidung von Binnenschiffahrtssachen vom 30. November 1956	S. 298
Verordnung über die Organisation des Gestütswesens, der Pferdezuchtinspektionen und der staatlichen Hufbeschlagschulen vom 1. Dezember 1956	S. 298
Verordnung über die Offenhaltung der Verkaufsstellen an den Sonntagen vor Weihnachten vom 4. Dezember 1956	S. 298
Verordnung über Einleitungsbehörden bei förmlichen Dienststrafverfahren in der Bayerischen Justizverwaltung (DV Just DStO) vom 4. Dezember 1956	S. 299
Zweite Bekanntmachung über die Änderung der Allgemeinen Dienstordnung für die Staatsbehörden (ADOST.) vom 4. Dezember 1956	S. 299

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes Vom 5. Dezember 1956

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Art. 1

Art. 92 Abs. 2 des Bayerischen Beamtengesetzes vom 28. Oktober 1946 (GVBl. S. 349) erhält folgende Fassung:

„(2) Wenn dringende dienstliche Rücksichten im Einzelfall die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Beamten erfordern, kann der Eintritt in den Ruhestand über das 65. Lebensjahr oder über die nach Abs. 1 Satz 2 festgesetzte Altersgrenze für eine bestimmte Frist, die jeweils ein Jahr nicht übersteigen darf, höchstens jedoch bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres hinausgeschoben werden. Die Entscheidung trifft bei Staatsbeamten die oberste Dienstbehörde, bei den leitenden Beamten der Staatsministerien und den Vorständen der den Ministerien unmittelbar nachgeordneten Behörden die Staatsregierung; bei den übrigen Beamten entscheidet auf Antrag der obersten Dienstbehörde das Landespersonalamt.“

Art. 2

Dem Art. 92 des Bayerischen Beamtengesetzes wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Auf Richter findet Abs. 2 keine Anwendung.“

Art. 3

Beamte und Richter, die nach dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes Anspruch auf Wiedergutmachung haben, treten auf ihren Antrag erst mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem sie das 68. Lebensjahr vollenden.

Art. 4

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. November 1956 in Kraft. Zu gleicher Zeit tritt die Verordnung Nr. 153 vom 18. März 1948 (GVBl. S. 50) außer Kraft.

(2) Dienstzeitverlängerungen, die auf der Verordnung Nr. 153 beruhen, bleiben wirksam.

München, den 5. Dezember 1956

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Wilhelm Hoegner

Verordnung über die Abgabe starkwirkender Arzneien (Abgabeverordnung) Vom 27. November 1956

Auf Grund des Art. 72 a des Polizeistrafgesetzbuchs wird bestimmt:

§ 1

Die in dem beiliegenden Verzeichnis aufgeführten Drogen und Präparate sowie die solche Drogen oder Präparate enthaltenden Zubereitungen dürfen

nur auf schriftliche, mit Datum und Unterschrift versehene Anweisung (Rezept) eines Arztes, Zahnarztes oder Tierarztes — in letzterem Falle jedoch nur zum Gebrauch in der Tierheilkunde — als Heilmittel an das Publikum abgegeben werden.

§ 2

Die Bestimmungen im § 1 finden keine Anwendung auf solche Zubereitungen, welche nach den auf Grund des § 6 Abs. 2 der Gewerbeordnung erlassenen Verordnungen auch außerhalb der Apotheken als Heilmittel feilgehalten und verkauft werden dürfen.

§ 3

Die wiederholte Abgabe von Arzneien zum inneren Gebrauch, welche Drogen oder Präparate der im § 1 bezeichneten Art enthalten, ist — unbeschadet der Bestimmungen in §§ 4 und 5 — ohne jedesmal erneute ärztliche oder zahnärztliche Anweisung nur gestattet,

1. insoweit die Wiederholung in der ursprünglichen Anweisung für zulässig erklärt und dabei vermerkt ist, wie oft und bis zu welchem Zeitpunkt sie stattfinden darf, oder
2. wenn die Einzelgabe aus der Anweisung ersichtlich ist und deren Gehalt an den bezeichneten Drogen und Präparaten die Gewichtsmenge, welche in dem beiliegenden Verzeichnis für die betreffenden Mittel angegeben ist, nicht übersteigt.

§ 4

Die wiederholte Abgabe von Arzneien zum inneren Gebrauch, welche

Äthylenpräparate, Aleudrin, Amylenchloral, Amylenhydrat, Banisterin oder dessen Salze, Chloralose, Chloralhydrat, Harmin oder dessen Salze, Hedonal, Hydantoin, dessen Abkömmlinge oder deren Salze, Indischen Hanf oder die daraus hergestellten Zubereitungen (z. B. Indischhanfextrakt und Indischhanftinktur) oder Präparate (z. B. Gerbsaures Cannabin und Cannabinon), Isonikotinsäurehydrazid (Isonikotinyldiazid) oder seine Salze, Abkömmlinge des Isonikotinsäurehydrazids oder ihre Salze, Isopral, Methylen-bis (4-Oxycumarin) oder dessen Abkömmlinge, Methylsulfonal, Optochin, dessen Salze oder Abkömmlinge, Paraldehyd, Sulfonal, Tetraäthylthiuramdisulfid, Tetronal, Thiourazil oder dessen Abkömmlinge, Trional oder Urethan

enthalten, darf nur auf jedesmal erneute, schriftliche, mit Datum und Unterschrift versehene Anweisung eines Arztes oder Zahnarztes erfolgen.

§ 5

Die wiederholte Abgabe von Arzneien in den Fällen des § 3 ist nicht gestattet, wenn sie von dem Arzt oder Zahnarzt durch einen auf der Anweisung beigetzten Vermerk untersagt worden ist.

§ 6

Die wiederholte Abgabe von Arzneien auf Anweisungen der Tierärzte zum Gebrauch in der Tierheilkunde ist den Beschränkungen der §§ 3 bis 5 nicht unterworfen.

§ 7

Homöopathische Zubereitungen in Verdünnungen oder Verreibungen, welche über die dritte Dezimalpotenz hinausgehen, unterliegen den Vorschriften der §§ 1 bis 5 nicht.

§ 8

Die Vorschriften über den Handel mit Giften werden durch die Bestimmungen der §§ 1 bis 7 nicht berührt.

§ 9

(1) Die von einem Arzt oder Zahnarzt zum inneren Gebrauch verordneten flüssigen Arzneien dürfen nur in runden Gläsern mit Zetteln von weißer Grundfarbe, die zum äußeren Gebrauch verordneten flüssigen Arzneien dagegen nur in sechseckigen Gläsern, an welchen drei nebeneinander liegende Flächen glatt und die übrigen mit Längsrippen versehen sind, mit Zetteln von roter Grundfarbe abgegeben werden.

(2) Flüssige Arzneien, welche durch die Einwirkung des Lichts verändert werden, sind in gelbbraun gefärbten Gläsern abzugeben.

§ 10

Arzneien, welche zu Einspritzungen in und unter die Haut und Schleimhaut, in die Muskulatur und andere Organe, in die Blutbahn, in den Rückenmarkkanal, in geschlossene Körperhöhlen, zur Einverleibung durch Suppositorien, zur Aufbringung auf die Schleimhäute, insbesondere durch Einstäubung, Einpinselung, Eintropfung, Eingießung, auch durch Klistier, dienen sollen, werden hinsichtlich der Zulässigkeit der wiederholten Abgabe (§§ 3 und 4) den Arzneien für den inneren Gebrauch, hinsichtlich der Beschaffenheit und Bezeichnung der Abgabefläche (§ 9) den Arzneien für den äußeren Gebrauch gleichgestellt.

§ 11

(1) Diese Verordnung tritt am 15. Dezember 1956 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

Die Verordnung über die Abgabe starkwirkender Arzneien sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken vom 2. April 1931 (GVBl. S. 105) in der Fassung der Verordnungen vom 4. Januar 1949 (GVBl. S. 44), 27. September 1949 (GVBl. S. 273), 21. März 1950 (GVBl. S. 82), 29. November 1950 (GVBl. S. 6), 24. März 1951 (GVBl. S. 57), 12. Mai 1952 (GVBl. S. 167), 18. September 1952 (GVBl. S. 267), 16. Dezember 1952 (GVBl. S. 314), 18. Juli 1955 (GVBl. S. 159) und vom 24. September 1956 (GVBl. S. 161).

München, den 27. November 1956

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Dr. Geislhöringer, Staatsminister

Anlage

Acetanilidum	Antifebrin	0,5 g
Acetum Digitalis	Fingerhutessig	2,0 g
Acidum agaricinicum	Agarizinsäure (Agaricinum)	0,1 g
Acidum hydrocyanicum et eius salia	Zyanwasserstoffsäure (Blausäure) und deren Salze	0,001 g
Acidum osmicum et eius salia	Osmiumsäure und deren Salze	0,001 g
Acidum para-aminosalicylicum et eius salia	Paraaminosalizylsäure und deren Salze	
Aconitinum, Aconitini derivata et eorum salia	Akonitin, die Abkömmlinge des Aconitins und deren Salze	0,001 g
Aether bromatus	Äthylbromid	0,5 g
Aethyleni praeparata	Die Äthylenpräparate	0,5 g
	ausgenommen zum äußeren Gebrauch in Mischungen mit Öl oder Weingeist, welche nicht mehr als 50 Gewichtsteile des Äthylenpräparates in 100 Gewichtsteilen Mischung enthalten;	
Aethylidenum bichloratum	Zweifachchloräthylen	0,5 g
Aethylmorphinum et eius salia (Dionin etc.)	Äthylmorphin und dessen Salze (z. B. Dionin)	0,1 g
Aleudrin	Aleudrin	

Amylenchloralum	Amylenchloral		Dihydrostreptomycin und seine Salze	
Amylenum hydratum	Amylenhydrat	4,0 g	1-Dimethylamino-3,3-diphenyl-hexanon-(4) und seine Salze (z. B. Ticarda)	
Amylium nitrosum	Amylnitrit	0,2 g	Emetinum et eius salia	Emetin und dessen Salze 0,05 g
Apomorphinum et eius salia	Apomorphin und dessen Salze	0,02 g	Extractum	
Aqua Amygdalarum amararum	Bittermandelwasser	2,0 g	— Aconiti	Akonitextrakt 0,02 g
Aqua Laurocerasi	Kirschchlorbeerwasser	2,0 g	— Belladonnae	Belladonnaextrakt 0,05 g
Arecolinum et eius salia	Arekolin u. dessen Salze			ausgenommen in Pflastern und Salben;
Argentum nitricum	Silbernitrat	0,03 g	— Calabar Seminis	Calabarsamenextrakt 0,02 g
ausgenommen zum äußeren Gebrauch;			— Colocythidis	Koloquinthenextrakt 0,05 g
Arsenium et eius praeparata	Arsen und dessen Präparate	0,005 g	— Colocythidis compositum	Zusammengesetztes Koloquinthenextrakt 0,1 g
(Liquor Kalii arsenicosi)	Fowlersche Lösung	0,5 g	— Conii	Schierlingsextrakt 0,2 g
Askaridol	Askaridol		ausgenommen in Salben;	
Aspidinolfilicinum oleo solutum	Aspidinolfilizinöl (z. B. Filmaronöl)	20,0 g	— Digitalis	Fingerhutextrakt 0,2 g
Atropinum et eius salia	Atropin und dessen Salze	0,001 g	ausgenommen in Salben;	
Aureomycin u. seine Salze			— Filicis	Farnextrakt 10,0 g
Auro-Natrium chloratum	Natriumgoldchlorid	0,05 g	— Hydrastis	Hydrastisextrakt 0,5 g
Banisterinum et eius salia	Banisterin und dessen Salze		— Hydrastis fluidum	Hydrastisfluidextrakt 1,5 g
Benzaldehydthiosemicarbazon, dessen Abkömmlinge und deren Salze (z. B. Conteben)			— Hyoscyami	Bilsenkrautextrakt 0,15 g
Benzylmorphinum et eius salia (Peronin etc.)	Benzylmorphin und dessen Salze (z. B. Peronin)	0,075 g	ausgenommen in Salben;	
Bromoformium	Bromoform	0,3 g	— Ipecacuanhae	Brechwurzelextrakt 0,3 g
Brucinum et eius salia	Bruzin und dessen Salze	0,01 g	— Lactuciae virosae	Giftlattichextrakt 0,5 g
Butylchloralum hydratum	Butylchloralhydrat	1,0 g	— Pulsatillae	Küchenschellenextrakt 0,2 g
Cantharides	Spanische Fliegen	0,05 g	— Sabinae	Sadebaumextrakt 0,2 g
ausgenommen zum äußeren Gebrauch;			ausgenommen in Salben;	
Cantharidinum	Kantharidin	0,001 g	— Scillae	Meerzwiebeleextrakt 0,2 g
Carboneum tetrachloratum	Tetrachlorkohlenstoff		— Stramonii	Stechapfelextrakt 0,1 g
ausgenommen zum äußeren Gebrauch;			— Strychni	Brechnußextrakt 0,05 g
Chloralose	Chloralose		Folia Belladonnae	Belladonnablätter 0,2 g
Chloralum hydratum	Chloralhydrat	3,0 g	ausgenommen in Pflastern und Salben und als Zusatz zu erweichenden Kräutern;	
Chloramphenicol (z. B. Chloromycetin, Leukomycin, Paraxin)			Folia Digitalis	Fingerhutblätter 0,2 g
Chloroformium	Chloroform	0,5 g	Folia Hyoscyami	Bilsenkrautblätter 0,4 g
ausgenommen zum äußeren Gebrauch in Mischungen mit Öl oder Weingeist, welche nicht mehr als 50 Gewichtsteile Chloroform in 100 Gewichtsteilen Mischung enthalten;			Folia Stramonii	Stechapfelblätter 0,2 g
Codeinum et eius salia omniaque alia alcaloidea Opii hoc loco non nominata eorumque salia	Kodein und dessen Salze und alle übrigen nicht besonders aufgeführten Alkaloide des Opiums nebst dessen Salzen	0,1 g	ausgenommen zum Rauchen und Räuchern;	
ausgenommen Morphin und dessen Salze;			Fructus	
Colchicinum	Kolchizin		— Colocythidis	Koloquinthen 0,5 g
Coniinum et eius salia	Koniin und dessen Salze	0,001 g	— Colocythidis praeparati	Präparierte Koloquinthen 0,5 g
Cuprum salicylicum	Kupfersalicylat	0,1 g	— Papaveris immaturi	Unreife Mohnköpfe und die daraus hergestellten Zubereitungen;
ausgenommen zum äußeren Gebrauch;			— Papaveris maturi	Reife Mohnköpfe und die daraus hergestellten Zubereitungen;
Cuprum sulfocarbolicum	Kupfersulfophenolat	0,1 g	Glandulae Thyreoideae	Getrocknete Schilddrüsen 0,5 g
ausgenommen zum äußeren Gebrauch;			Gutti	Gummigutt 0,5 g
Curare et eius praeparata	Curare und dessen Präparate	0,001 g	Harminum et eius salia	Harmin u. dessen Salze
Daturinum	Daturin	0,001 g	Hedonal	Hedonal
Demecolcin und seine Salze (z. B. Colcemid)			Herba Cannabis indicae	Indischer Hanf
Diaethyl-[4-nitro-phenyl]-phosphat (z. B. Mintacol)			und die daraus hergestellten Zubereitungen (z. B. Indischhanfextrakt und Indischhanftinktur) und Präparate (z. B. Gerbsaures Cannabin und Cannabinon)	ausgenommen zum äußeren Gebrauch;
4,4'-Dichlor-diphenyl-trichlor-methyl-methan (z. B. DDT)			ausgenommen zum äußeren Gebrauch;	
ausgenommen zum äußeren Gebrauch;			Herba Conii	Schierling 0,5 g
Digitalinum, Digitalini derivata et eorum salia	Digitalin, die Abkömmlinge des Digitalins u. deren Salze	0,001 g	ausgenommen in Pflastern und Salben und als Zusatz zu erweichenden Kräutern;	
1,4-Dihydrazino-phthalazin und seine Salze (z. B. Descensin, Nepresol)			Herba Hyoscyami	Bilsenkraut 0,5 g
Dihydroergocornin, Dihydroergocristin, Dihydroergokryptin und deren Salze			ausgenommen in Pflastern und Salben und als Zusatz zu erweichenden Kräutern;	
			Herba Lobeliae	Lobelienkraut 0,1 g
			ausgenommen zum Rauchen und Räuchern;	
			Hexachlor-zyklohexan (HCH)	
			ausgenommen zum äußeren Gebrauch;	
			Homatropinum et eius salia	Homatropin und dessen Salze 0,001 g

Hydantoinum eiusque derivata et eorum salia	Hydantoin, dessen Abkömmlinge und deren Salze	Optochin eiusque salia et derivata	Optochin, dessen Salze und Abkömmlinge
Hydrargyri praeparata postea non nominata	Alle Quecksilberpräparate, welche hierunter nicht besonders aufgeführt sind 0,1 g	3-[α -phenyl-propyl]-4-Oxycumarin (z. B. Marcumar) und dessen Abkömmlinge	
ausgenommen als graue Quecksilbersalbe mit einem Gehalt von nicht mehr als 10 Gewichtsteilen Quecksilber in 100 Gewichtsteilen Salbe sowie Quecksilberpflaster;		Papaverinum et eius salia	Papaverin und dessen Salze 0,2 g
Hydrargyrum	Quecksilber	Paracodin	Paracodin 0,075 g
— bichloratum	— chlorid 0,02 g	Paraldehyd	Paraldehyd 5,0 g
— bijodatum	— jodid 0,02 g	Penicilline und ihre Salze	
— chloratum	— chlorür	Phenothiazin (z. B. Contaverm, Helmetina)	
	— für Einspritzungen 0,1 g	Phenothiazin-Derivate, am Stickstoff substituierte und ihre Salze (z. B. Atosil, Dibutil, Latibon, Megaphen, Padsal)	
	— für andere innere Zwecke 1,0 g	2-Phenyl-3-methyl-morpholin und seine Salze (z. B. Preludin)	
— cyanatum	— zyanid 0,02 g	α -Phenyl- α -[piperidyl-(2)]-essigsäuremethylester und seine Salze (z. B. Ritalin)	
— jodatum	— jodür 0,05 g	1-Phenyl-zyklopentan-carbonsäure-(1)-[β -diaethyl-aminoäthylester] und seine Salze (z. B. Parpanit)	
— nitricum (oxydulatum)	— (oxydul) nitrat 0,02 g	Phosphorus	Phosphor 0,001 g
— oxycyanatum	— oxyzyanid 0,01 g	Physostigminum et eius salia	Physostigmin und dessen Salze 0,001 g
— oxydatum	— oxyd 0,02 g	Picrotoxinum	Pikrotoxin 0,001 g
ausgenommen als rote Quecksilbersalbe mit einem Gehalt von nicht mehr als 5 Gewichtsteilen Quecksilberoxyd in 100 Gewichtsteilen Salbe;		Pilocarpinum et eius salia	Pilokarpin und dessen Salze 0,02 g
— praecipitatum album	Weißes Quecksilberpräzipitat 0,5 g	Plumbum aceticum	Bleiazetat 0,1 g
ausgenommen als weiße Quecksilbersalbe mit einem Gehalt von nicht mehr als 5 Gewichtsteilen Präzipitat in 100 Gewichtsteilen Salbe;		Plumbum jodatum	Jodblei 0,2 g
Hydrargyrum salicylicum	Anhydro-Hydroxymerkurisalizylsäure 0,15 g	Podophyllum	Podophyllin 0,1 g
Hydrastininum chloratum	Hydrastininchlorid 0,05 g	Radix Ipecacuanhae	Brechwurzel 1,0 g
Hyoscinum (Duboisinum) et eius salia	Hyoszin (Duboisin) und dessen Salze 0,001 g	Resina Jalapae	Jalapenharz 0,3 g
Hyoscyaminum (Duboisinum) et eius salia	Hyoszyamin (Duboisin) und dessen Salze 0,001 g	ausgenommen in Jalapenpillen, welche nach Vorschrift des Deutschen Arzneibuchs angefertigt sind;	
Insuline und andere entsprechende aus der Bauchspeicheldrüse (Pankreas) hergestellte Präparate, wie Pankreashormon, Norgina usw., sofern sie zu Einspritzungen unter die Haut bestimmt sind;		Resina Scammoniae	Skammoniaharz 0,3 g
Isonicotinsäurehydrazid (Isonicotinylhydrazin) und seine Salze, Abkömmlinge des Isonicotinsäurehydrazids und ihre Salze		Rhizoma Filicis	Farnwurzel 20,0 g
Isopral	Isopral	Rhizoma Veratri	Weißes Nieswurzel 0,3 g
Kalium dichromicum	Kaliumdichromat 0,01 g	ausgenommen zum äußeren Gebrauch für Tiere;	
Kreosotum	Kreosot 0,2 g	Santoninum	Santonin 0,1 g
ausgenommen zum äußeren Gebrauch in Lösungen, welche nicht mehr als 50 Gewichtsteile Kreosot in 100 Gewichtsteilen Lösung enthalten;		ausgenommen in Zeltchen, Pastillen, Tabletten und anderen gebrauchsfertigen dosierten Arzneiformen zum Einnehmen, welche nicht mehr als je 0,05 g Santonin enthalten;	
Lactucarium	Gifflattichsaft 0,3 g	Scopolaminum hydrobromicum	Skopolaminhydrobromid 0,001 g
Liquor Kalii arsenicosi	Fowlersche Lösung 0,5 g	Semen Colchici	Zeitlosensamen 0,3 g
Lobelinum et eius salia	Lobelin u. dessen Salze	Semen Strychni	Brechnuß 0,1 g
N-[4-Methyl-benzolsulfonyl]-N'-butyl-harnstoff (z. B. Artosin, Rastinon)		Streptomycin und seine Salze	
N-Methyl- α -phenylsuccimid (z. B. Milontin)		Strophantina omnia	Alle Strophanthine 0,001 g
2-Methyl-2-n-propyl-1,3-propanoldioldicarbamat (z. B. Aneuril, Cirpon, Miltown, Restenil)		Strychninum et eius salia	Strychnin und dessen Salze 0,01 g
Methylen-bis (4-Oxycumarin) und dessen Abkömmlinge		Strychnini derivata	Abkömmlinge des Strychnins (z. B. Strychninsäure, Strychninum N-Oxydatum etc.) et eorum salia deren Salze
Methylsulfonalum	Methylsulfonal 1,0 g	Sulfonalum	Sulfonal 1,0 g
Natrium nitrosum	Natriumnitrit 0,3 g	Sulfur jodatum	Jodschwefel 0,1 g
Nicotinum et eius salia	Nikotin und dessen Salze 0,001 g	Summitates Sabinae	Sadebaumspitzen 1,0 g
ausgenommen in Zubereitungen zum äußeren Gebrauch bei Tieren;		Suprarenin (Adrenalin, Epirenan etc.)	Suprarenin (Adrenalin, Epirenan usw.) 0,001 g
Nitroglycerinum	Nitroglycerin 0,001 g	Tartarus stibiatus	Brechweinstein 0,2 g
Oleanderglykoside (z. B. Oleandryl)		Terramycin und seine Salze	
Oleum Amygdalarum aethereum	Ätherisches Bittermandelöl 0,2 g	Tetraäthylthiuramdisulfid	Tetraäthylthiuramdisulfid
sofern es nicht von Zyanverbindungen befreit ist;		Tetracyclin und seine Salze (z. B. Achromycin, Tetracyclin)	
Oleum Chenopodii anthelmintici	Amerikanisches Wurm-samenöl	Tetronal	Tetronal
Oleum Crotonis	Krotonöl 0,05 g	Thallinum et eius salia	Thallin und dessen Salze 0,5 g
Oleum Sabinae	Sadebaumöl 0,1 g	Theophyllum et eius salia (Theocin etc.)	Theophyllin und dessen Salze (z. B. Theocin) 0,5 g
		Thiourazil und dessen Abkömmlinge	
		Thyreoideae praeparata (Glandulae Thyreoideae siccatae)	Die Schilddrüsenpräparate (Getrocknete Schilddrüsen) 0,5 g
		Tinctura	
		— Aconiti	Akonittinktur 0,5 g

— Belladonnae	Belladonnatinktur	1,0 g
— Chantharidum	Spanischfliegentinktur	0,5 g
— Colchici	Zeitlosentinktur	2,0 g
— Colocynthis	Koloquinthentinktur	1,5 g
— Digitalis	Fingerhuttinktur	1,5 g
— Digitalis aetherea	Ätherische Fingerhuttinktur	1,0 g
— Gelsemii	Gelsemiumtinktur	1,0 g
— Ipecacuanhae	Brechwurzeltinktur	1,0 g
— Jalapae Resinae	Jalapentinktur	3,0 g
— Jodi	Jodtinktur	0,2 g
ausgenommen zum äußeren Gebrauch;		
— Lobeliae	Lobelientinktur	1,0 g
— Scillae	Meerzwiebeltinktur	2,0 g
— Scillae kalina	kalihaltige Meerzwiebeltinktur	2,0 g
— Stramonii	Stechapfeltinktur	1,0 g
— Strophanti	Strophantustinktur	0,5 g
— Strychni	Brechnußtinktur	1,0 g
— Strychni aetherea	Ätherische Brechnußtinktur	0,5 g
— Veratri	Nieswurzeltinktur	3,0 g
ausgenommen zum äußeren Gebrauch;		
Trional	Trional	1,0 g
Tubera Aconiti	Akonitknollen	0,1 g
Tubera Jalapae	Jalapenknollen	1,0 g
ausgenommen in Jalapenpillen, welche nach Vorschrift des Deutschen Arzneibuchs angefertigt sind;		
Urethanum	Urethan	3,0 g
Veratrinum et eius salia	Veratrin und dessen Salze	0,005 g
Vinum Colchici	Zeitlosenwein	2,0 g
Vinum Ipecacuanhae	Ipecacuanhawein	5,0 g
Vinum stibiatum	Brechwein	2,0 g
Xanthencarbonsäurediäthylaminoäthylester-Methylbromid (z. B. Banthine, MTB 51)		
Yohimbinum et eius salia	Yohimbin und dessen Salze	0,03 g
Zincum aceticum	Zinkacetat	1,2 g
Zincum chloratum	Zinkchlorid	0,002 g
Zincum lacticum omniaque Zinci salia hoc loco non nominata, qua sunt in aqua solubilia	Zinklaktat und alle übrigen hier nicht besonders aufgeführten, in Wasser löslichen Zinksalze	0,05 g
Zincum sulfocarboolicum	Zinksulfophenolat	0,05 g
ausgenommen bei Verwendung der vorgenannten und der übrigen in Wasser löslichen Zinksalze zum äußeren Gebrauch.		

Verordnung

über die Vertretung des Freistaates Bayern im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz

Vom 30. November 1956

Auf Grund des Art. 55 Nr. 2 Satz 2 der Bayerischen Verfassung wird verordnet:

§ 1

Der Freistaat Bayern wird in Rechtsstreitigkeiten über den Antrag auf Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft oder Strafvollstreckung durch den Generalstaatsanwalt bei dem Oberlandesgericht vertreten, in dessen Geschäftsbereich der Entschädigungsbeschluß ergangen ist.

§ 2

Soweit die Vertretung des Freistaates Bayern nicht in den Verordnungen

a) über die Vertretung des Bayerischen Staates in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Partei-

streitigkeiten der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie über das Abhilfeverfahren vom 8. 8. 1950 (GVBl. S. 115),

b) über die Vertretung des Bayerischen Staates in Verfahren über vermögensrechtliche Ansprüche aus dem Beamtenverhältnis vom 17. 9. 1951 (GVBl. S. 184),

c) über die Vertretung des Freistaates Bayern vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit vom 29. 3. 1954 (GVBl. S. 50)

geregelt ist, wird der Freistaat Bayern im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz wie folgt vertreten:

1) in gerichtlichen Verfahren, die aus den von der Gerichtskasse als Vollstreckungsbehörde betriebenen Verwaltungszwangsverfahren hervorgehen, durch den Leiter der Gerichtskasse;

2) in gerichtlichen Verfahren, die hervorgehen

a) aus der zwangsweisen Beitreibung von Vermögensstrafen im Sinne von § 2 Abs. 1 der Anordnung über die Einforderung und Beitreibung von Vermögensstrafen und Verfahrenskosten vom 15. Februar 1956 einschließlich der Geldbußen, die nach § 20 dieser Anordnung dem Justizfiskus gebühren, und der zusammen mit ihnen einzuziehenden Gerichtskosten,

b) aus der auf die künftige Deckung von Geldstrafen und Kosten des Verfahrens abzielenden Beschlagnahme einzelner Gegenstände (§ 283 StPO) und in den Fällen der Vermögensbeschlagnahme nach den §§ 284 und 290 StPO,

c) aus der Durchführung der im Strafverfahren rechtskräftig angeordneten Einziehung oder Unbrauchbarmachung von Sachen, durch den Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht;

3) in gerichtlichen Verfahren über Anträge auf Festsetzung von Kosten für oder gegen den Justizfiskus und in Erinnerungs- und Beschwerdeverfahren, die den Streitwert oder Geschäftswert oder die der Staatskasse gebührenden oder zur Last fallenden Kosten aller Art (z. B. Armenanwaltskosten, Zeugen- und Sachverständigengebühren, die der Staatskasse auferlegten notwendigen Auslagen des Beschuldigten) betreffen,

vor den Amts- und Landgerichten und bei der Anfechtung ihrer Entscheidungen auch vor den höheren Gerichten durch den Bezirksrevisor,

im übrigen durch den Leiter des Rechnungsamts bei dem Oberlandesgericht.

§ 3

(1) Bei der Begründung von Sicherheiten, die gemäß den §§ 117 ff. StPO zugunsten des Freistaates Bayern zu leisten sind, sowie bei Verfügungen hierüber wird der Freistaat Bayern durch den Leiter der zuständigen Strafverfolgungsbehörde vertreten.

(2) Die Verordnung über die Vertretung des Bayerischen Staates in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Parteistreitigkeiten der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie über das Abhilfeverfahren vom 8. 8. 1950 (GVBl. S. 115) findet keine Anwendung.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft. Die AV des RJM vom 9. März 1937 (DJ S. 431) und die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 30. Dezember 1954 (JMBl. 1955 S. 24) treten außer Kraft.

München, den 30. November 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

I. V. Eilles, Staatssekretär

Verordnung

über die Errichtung eines Senats des Oberlandesgerichts München in Augsburg

Vom 30. November 1956

Auf Grund des § 116 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes wird verordnet:

§ 1

Außerhalb des Sitzes des Oberlandesgerichts München besteht für den Bezirk der Landgerichte Augsburg, Kempten (Allgäu) und Memmingen ein Zivilsenat in Augsburg.

§ 2

Dem Zivilsenat in Augsburg ist die gesamte Tätigkeit eines Zivilsenats des Oberlandesgerichts zugewiesen mit Ausnahme folgender Angelegenheiten:

- a) Berufungen und Beschwerden, die das Patentrecht, das Gebrauchsmusterrecht, das Geschmacksmusterrecht, das Warenzeichenrecht, das Urheber- und Verlagsrecht und den unlauteren Wettbewerb, soweit er mit dem gewerblichen Rechtsschutz zusammenhängt, betreffen;
- b) Beschwerden in Angelegenheiten, die im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu erledigen sind, einschließlich der Grundbuchsachen;
- c) Erinnerungen und Beschwerden in Kostensachen;
- d) Bestimmung des zuständigen Gerichts gemäß § 36 der Zivilprozeßordnung, § 2 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, §§ 5 und 46 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 17. Dezember 1952 (JMBl. 1953 S. 6) tritt außer Kraft.

München, den 30. November 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

I. V. Eilles, Staatssekretär

Verordnung

über die Errichtung amtsgerichtlicher Zweigstellen

Vom 30. November 1956

Auf Grund des § 3 der Verordnung vom 20. März 1935 (RGBl. I S. 403) wird verordnet:

§ 1

Am Sitz der bisherigen Zweigstellengerichte (Nebensitzgerichte) Altdorf, Arnstorf, Auerbach, Bad Berneck i. Fichtelgebirge, Bischofsheim a. d. Rhön, Burgau, Dorfen, Ebermannstadt, Eltmann, Feuchtwangen, Greding, Heidenheim, Heilsbrunn, Herzogenaurach, Höchststadt a. d. Aisch, Hollfeld, Kirchenlamitz, Ludwigsstadt, Markt Erlbach, Monheim, Neustadt b. Coburg, Nittenau, Obergünzburg, Oettingen i. Bay., Osterhofen, Pottenstein, Prien a. Chiemsee, Regenstauf, Rehau, Staffelstein, Tegernsee, Vilseck, Volkach, Wassertrüdingen, Weismain, Wörth a. d. Donau und Zusmarshausen wird für den Bezirk des bisherigen Zweigstellengerichts je eine Zweigstelle des nach dem Gesetz über die Bestimmung der Sitze der ordentlichen Gerichte und die Einteilung der Gerichtsbezirke vom 17. November 1956 (GVBl. S. 221) zuständigen Amtsgerichts errichtet.

§ 2

Bei den in § 1 genannten Zweigstellen werden sämtliche Vormundschafts-, Nachlaß- und Grundbuchsachen bearbeitet, für welche die

Zweigstellen zuständig sind; bei der Zweigstelle Oettingen i. Bay. werden nur die Grundbuchsachen bearbeitet.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft.
München, den 30. November 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

I. V. Eilles, Staatssekretär

Verordnung

über die Errichtung von staatsanwaltschaftlichen Zweigstellen

Vom 30. November 1956

Auf Grund des Art. 26 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 17. November 1956 (GVBl. S. 249) wird verordnet:

§ 1

Es bestehen Zweigstellen der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten

1) Augsburg

- a) in Donauwörth für die Amtsgerichtsbezirke Dillingen a. d. Donau und Donauwörth,
- b) in Neuburg a. d. Donau für die Amtsgerichtsbezirke Neuburg a. d. Donau und Schrobenhausen,
- c) in Nördlingen für die Amtsgerichtsbezirke Nördlingen und Wertingen;

2) Memmingen

in Neu-Ulm für die Amtsgerichtsbezirke Günzburg, Krumbach (Schwaben), Neu-Ulm und Weißenhorn;

3) München II

in Ingolstadt für den Amtsgerichtsbezirk Ingolstadt;

4) Nürnberg

in Eichstätt für die Amtsgerichtsbezirke Beilngries, Eichstätt und Weißenburg i. Bay.;

5) Regensburg

in Straubing für die Amtsgerichtsbezirke Bogen, Kötzing, Mitterfels, Neukirchen b. Hl. Blut und Straubing;

(6) Traunstein

- a) in Bad Reichenhall für die Amtsgerichtsbezirke Bad Reichenhall, Berchtesgaden und Laufen;
- b) in Rosenheim für die Amtsgerichtsbezirke Bad Aibling, Haag i. OB., Rosenheim und Wasserburg a. Inn.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft. Die Bekanntmachungen des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 30. Juni 1948 (JMBl. S. 44), vom 18. Mai 1949 (JMBl. S. 110), vom 22. Juni 1949 (JMBl. S. 117), vom 19. Januar 1950 (JMBl. S. 6), vom 22. Dezember 1951 (JMBl. 1952 S. 22) und vom 19. Februar 1952 (JMBl. S. 84) treten außer Kraft.

München, den 30. November 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

I. V. Eilles, Staatssekretär

Verordnung

über die Sitze und Bezirke der Jugendgerichte Vom 30. November 1956

Auf Grund des § 33 Abs. 4 des Jugendgerichtsgesetzes wird verordnet:

§ 1

Der Amtsrichter als Jugendrichter

Für den Bezirk des Amtsgerichts ist der Amtsrichter auch Jugendrichter.

§ 2

Jugendschöffengerichte

Jugendschöffengerichte bestehen bei den Amtsgerichten

- 1) Kronach und München für ihren Bezirk;
- 2) Amberg, Ansbach, Aschaffenburg, Bamberg, Bayreuth, Deggendorf, Hof, Landshut, Passau, Schweinfurt, Weiden und Würzburg für alle Amtsgerichtsbezirke des jeweils übergeordneten Landgerichts;
- 3) Augsburg für die Amtsgerichtsbezirke Aichach, Augsburg, Friedberg, Landsberg a. Lech, Schrobenhausen und Schwabmünchen;
- 4) Coburg für die Amtsgerichtsbezirke Coburg und Lichtenfels;
- 5) Donauwörth für die Amtsgerichtsbezirke Dillingen a. d. Donau, Donauwörth, Neuburg a. d. Donau, Nördlingen und Wertingen;
- 6) Eichstätt für die Amtsgerichtsbezirke Beilngries, Eichstätt und Weißenburg i. Bay.;
- 7) Fürth für die Amtsgerichtsbezirke Erlangen, Fürth, Neustadt a. d. Aisch, Scheinfeld und Windsheim;
- 8) Ingolstadt für die Amtsgerichtsbezirke Geisenfeld, Ingolstadt und Pfaffenhofen a. d. Ilm;
- 9) Kaufbeuren für die Amtsgerichtsbezirke Füssen, Kaufbeuren, Marktoberdorf und Schongau;
- 10) Kempten (Allgäu) für die Amtsgerichtsbezirke Immenstadt i. Allgäu, Kempten (Allgäu) und Sonthofen;
- 11) Lindau (Bodensee) für die Amtsgerichtsbezirke Lindau (Bodensee) und Weiler-Lindenberg;
- 12) Memmingen für die Amtsgerichtsbezirke Buchloe, Illertissen, Memmingen, Mindelheim und Türkheim;
- 13) Mühldorf für die Amtsgerichtsbezirke Altötting, Burghausen und Mühldorf;
- 14) Neu-Ulm für die Amtsgerichtsbezirke Günzburg, Krumbach (Schwaben), Neu-Ulm und Weißenhorn;
- 15) Nürnberg für die Amtsgerichtsbezirke Hersbruck, Hilpoltstein, Lauf (Pegnitz), Neumarkt i. d. OPf., Nürnberg, Roth b. Nürnberg und Schwabach;
- 16) Regensburg für die Amtsgerichtsbezirke Abensberg, Burglengenfeld, Hemau, Kelheim, Parsberg, Regensburg, Riedenburg und Roding;
- 17) Rosenheim für die Amtsgerichtsbezirke Bad Aibling, Haag i. OB., Rosenheim und Wasserburg a. Inn;
- 18) Starnberg (mit der Bezeichnung „Jugendschöffengericht München-Land“ und dem Sitz in München) für die Amtsgerichtsbezirke Bad Tölz, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstfeldbruck, Miesbach, Starnberg und Wolfratshausen;
- 19) Straubing für die Amtsgerichtsbezirke Bogen, Kötzing, Mitterfels, Neukirchen b. Hl. Blut und Straubing;
- 20) Traunstein für die Amtsgerichtsbezirke Bad Reichenhall, Berchtesgaden, Laufen, Traunstein und Trostberg;
- 21) Weilheim für die Amtsgerichtsbezirke Garmisch-Partenkirchen und Weilheim.

§ 3

Jugendkammern

Jugendkammern bestehen bei jedem Landgericht.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft. Die Verordnungen vom 18. September 1953 (GVBl. S. 177) und vom 23. August 1955 (GVBl. S. 180) treten außer Kraft.

München, den 30. November 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

I. V. Eilles, Staatssekretär

Verordnung

über die Sitze und Bezirke der Schöffengerichte

Vom 30. November 1956

Auf Grund des § 58 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes wird verordnet:

§ 1

Schöffengerichte bestehen bei den Amtsgerichten

- 1) Erlangen, Freising, Kitzingen, Kronach, Landsberg a. Lech, München, Neuburg a. d. Donau und Wunsiedel für ihren Bezirk;
- 2) Amberg, Ansbach, Aschaffenburg, Bamberg, Deggendorf, Passau und Weiden für alle Amtsgerichtsbezirke des jeweils übergeordneten Landgerichts;
- 3) Augsburg für die Amtsgerichtsbezirke Aichach, Augsburg, Friedberg, Schrobenhausen und Schwabmünchen;
- 4) Bad Kissingen für die Amtsgerichtsbezirke Bad Kissingen, Hammelburg und Münnerstadt;
- 5) Bad Neustadt a. d. Saale für die Amtsgerichtsbezirke Bad Neustadt a. d. Saale, Königshofen i. Grabfeld und Mellrichstadt;
- 6) Bayreuth für die Amtsgerichtsbezirke Bayreuth und Pegnitz;
- 7) Coburg für die Amtsgerichtsbezirke Coburg und Lichtenfels;
- 8) Donauwörth für die Amtsgerichtsbezirke Dillingen a. d. Donau, Donauwörth, Nördlingen und Wertingen;
- 9) Eggenfelden für die Amtsgerichtsbezirke Eggenfelden und Neumarkt-Sankt Veit;
- 10) Eichstätt für die Amtsgerichtsbezirke Beilngries, Eichstätt und Weißenburg i. Bay.;
- 11) Fürth für die Amtsgerichtsbezirke Fürth, Neustadt a. d. Aisch, Scheinfeld und Windsheim;
- 12) Hof für die Amtsgerichtsbezirke Hof, Münchenberg, Naila und Selb;
- 13) Ingolstadt für die Amtsgerichtsbezirke Geisenfeld, Ingolstadt und Pfaffenhofen a. d. Ilm;
- 14) Kaufbeuren für die Amtsgerichtsbezirke Füssen, Kaufbeuren, Marktoberdorf und Schongau;
- 15) Kempten (Allgäu) für die Amtsgerichtsbezirke Immenstadt i. Allgäu, Kempten (Allgäu) und Sonthofen;
- 16) Kulmbach für die Amtsgerichtsbezirke Kulmbach und Stadtsteinach;
- 17) Landau a. d. Isar für die Amtsgerichtsbezirke Dingolfing und Landau a. d. Isar;
- 18) Landshut für die Amtsgerichtsbezirke Landshut, Mainburg, Maltersdorf, Moosburg, Rottenburg und Vilsbiburg;
- 19) Lindau (Bodensee) für die Amtsgerichtsbezirke Lindau (Bodensee) und Weiler-Lindenberg;
- 20) Memmingen für die Amtsgerichtsbezirke Buchloe, Illertissen, Memmingen, Mindelheim und Türkheim;
- 21) Mühldorf für die Amtsgerichtsbezirke Altötting, Burghausen und Mühldorf;

- 22) Neu-Ulm für die Amtsgerichtsbezirke Günzburg, Krumbach (Schwaben), Neu-Ulm und Weißenhorn;
- 23) Nürnberg für die Amtsgerichtsbezirke Hersbruck, Lauf (Pegnitz), Neumarkt i. d. OPf. und Nürnberg;
- 24) Regensburg für die Amtsgerichtsbezirke Abensberg, Burglengenfeld, Hemau, Kelheim, Parsberg, Regensburg, Riedenburg und Roding;
- 25) Rosenheim für die Amtsgerichtsbezirke Bad Aibling, Haag i. OB., Rosenheim und Wasserburg a. Inn;
- 26) Schwabach für die Amtsgerichtsbezirke Hilpoltstein, Roth b. Nürnberg und Schwabach;
- 27) Schweinfurt für die Amtsgerichtsbezirke Gerolzhofen und Schweinfurt;
- 28) Starnberg (mit der Bezeichnung „Schöffengericht München-Land“ und dem Sitz in München) für die Amtsgerichtsbezirke Bad Tölz, Dachau, Ebersberg, Erding, Fürstenfeldbruck, Miesbach, Starnberg und Wolfratshausen;
- 29) Straubing für die Amtsgerichtsbezirke Bogen, Kötzing, Mitterfels, Neukirchen b. Hl. Blut und Straubing;
- 30) Traunstein für die Amtsgerichtsbezirke Bad Reichenhall, Berchtesgaden, Laufen, Traunstein und Trostberg;
- 31) Weilheim für die Amtsgerichtsbezirke Garmisch-Partenkirchen und Weilheim;
- 32) Würzburg für die Amtsgerichtsbezirke Arnstein, Brückenau, Gemünden, Karlstadt, Marktheidenfeld, Ochsenfurt und Würzburg.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 10. Februar 1948 (JMBl. S. 23) in der Fassung der Bekanntmachungen vom 2. Juli 1948 (JMBl. S. 45), vom 2. Februar 1949 (JMBl. S. 87), vom 15. März 1949 (JMBl. S. 90) und vom 8. Juli 1949 (JMBl. S. 126) und die Verordnung vom 25. Mai 1956 (GVBl. S. 100) treten außer Kraft.

München, den 30. November 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

I. V. Eilles, Staatssekretär

Verordnung

über die Übertragung von Geschäftsaufgaben auf die dem Staatsministerium der Justiz nachgeordneten Behörden

Vom 30. November 1956

§ 1

Ernennungen

Für die Laufbahnen des einfachen, des mittleren und des gehobenen Dienstes bei den Gerichten werden auf Grund des Art. 55 Nr. 4 Satz 2 der Bayerischen Verfassung die Ernennung zum außerplanmäßigen Beamten, die Anfechtung der Ernennung zum außerplanmäßigen Beamten und die Entscheidung über die Entlassung aus dem außerplanmäßigen Beamtenverhältnis den Oberlandesgerichtspräsidenten übertragen.

§ 2

Abordnungen und Zuweisungen

Es werden übertragen:

- 1) die Befugnis zur Abordnung eines Beamten des einfachen, des mittleren und des gehobenen Dienstes bei den Gerichten und den Staatsanwaltschaften den dem Staatsministerium der Justiz unmittelbar nachgeordneten Behörden;
- 2) die Befugnis zur Abordnung eines Staatsanwalts an die Staatsanwaltschaften bei den Landgerich-

ten ihres Geschäftsbereichs den Generalstaatsanwälten bei den Oberlandesgerichten;

- 3) die Befugnis zur Zuweisung von Richtern nach den §§ 22 Abs. 2 und 59 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes den Oberlandesgerichtspräsidenten;
- 4) die Befugnis zur Zuweisung eines Gerichtsassessors an eine andere Behörde ihres Geschäftsbereichs den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Generalstaatsanwälten bei den Oberlandesgerichten je für ihren Geschäftsbereich.

§ 3

Nebentätigkeiten

Auf Grund des Art. 25 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 des Bayerischen Beamtengesetzes werden die Befugnis zur Anordnung der Übernahme einer Nebentätigkeit und die Befugnis zur Entscheidung über alle Anträge auf Genehmigung von Nebentätigkeiten übertragen:

- 1) dem Präsidenten des Obersten Landesgerichts und dem Generalstaatsanwalt bei diesem Gericht für die Angehörigen ihrer Behörde;
- 2) den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Generalstaatsanwälten bei den Oberlandesgerichten für die Angehörigen ihres Bezirks;
- 3) den Vorständen der selbständigen Vollzugsanstalten, der Landgerichtgefängnisse, der Gerichtgefängnisse und der Jugendarrestanstalten für die Angehörigen ihrer Behörde.

§ 4

Besoldungsangelegenheiten

(1) Die Festsetzung des Diätendienstalters der außerplanmäßigen Beamten bei den Gerichten wird für die Laufbahnen des einfachen, des mittleren und des gehobenen Dienstes den Oberlandesgerichtspräsidenten übertragen.

(2) Die Neufestsetzung von Kinderzuschlag und Wohnungsgeldzuschuß, die durch eine Änderung in den persönlichen Verhältnissen der Richter oder der Beamten veranlaßt ist, obliegt den dem Staatsministerium der Justiz unmittelbar nachgeordneten Behörden je für ihren Geschäftsbereich; der Generalstaatsanwalt bei dem Oberlandesgericht ist auch für die Angehörigen der in seinem Geschäftsbereich gelegenen selbständigen Vollzugsanstalten zuständig.

(3) Bewilligungsstelle im Sinne des § 7 der Bekanntmachung über die Unterhaltszuschüsse und Vergütungen bei Beschäftigungsaufträgen für Beamtenanwärter vom 6. Juli 1953 (GVBl. S. 104) ist der Oberlandesgerichtspräsident für die Beamtenanwärter der Laufbahnen des einfachen, des mittleren und des gehobenen Dienstes bei den Gerichten und den Staatsanwaltschaften sowie für alle Beamtenanwärter des höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes.

(4) Die Befugnis zum Erlaß der Kassenanweisungen obliegt jeweils den in den Abs. 1 bis 3 genannten Stellen.

§ 5

Beihilfen

(1) Die Entscheidung über Anträge auf Beihilfe nach den Beihilfengrundsätzen obliegt, soweit sie nicht dem Staatsministerium der Justiz vorbehalten ist,

- a) den dem Staatsministerium der Justiz unmittelbar nachgeordneten Behörden — ausgenommen die Vollzugsanstalten — für die in ihrem Geschäftsbereich tätigen Behördenangehörigen — mit Ausnahme der Leiter dieser Behörden —,
- b) den Generalstaatsanwälten bei den Oberlandesgerichten für die Behördenangehörigen, die bei den in ihrem Bezirk gelegenen Vollzugsanstalten tätig sind,

- c) den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Generalstaatsanwälten bei den Oberlandesgerichten für die in ihrem Bezirk wohnenden sonstigen Antragsberechtigten, und zwar jedem für seinen Geschäftsbereich,
- d) dem Oberlandesgerichtspräsidenten in München und dem Generalstaatsanwalt bei dem Oberlandesgericht München für die sonstigen Antragsberechtigten, die außerhalb Bayerns wohnen, und zwar jedem für seinen Geschäftsbereich.

(2) Die Entscheidung über Anträge auf Beihilfe nach den Beihilfengrundsätzen bleibt dem Staatsministerium der Justiz vorbehalten

- a) für die Angehörigen des Staatsministeriums der Justiz,
- b) für die sonstigen Antragsberechtigten, wenn der Beamte zuletzt im Staatsministerium der Justiz tätig war,
- c) für die Leiter der dem Staatsministerium der Justiz unmittelbar nachgeordneten Behörden mit Ausnahme der Vorstände der Vollzugsanstalten.

(3) Die Zuständigkeit nach Abs. 1 umfaßt die Entscheidung über Regel- und Kannbeihilfen, ferner auch die Gewährung von Abschlagszahlungen und die Bewilligung einer Beihilfe nach Nr. 2 Abs. 2 der Beihilfengrundsätze.

(4) Den in Abs. 1 bezeichneten Behörden obliegt auch eine etwaige Berichterstattung an das Staatsministerium der Justiz.

(5) Die nach Abs. 1 zuständigen Stellen werden ermächtigt, die in Nr. 13 Abs. 3 der Beihilfengrundsätze für Fälle einer wirtschaftlichen Notlage vorgesehenen Unterstützungen zu den nichtbeihilfefähigen Aufwendungen zu bewilligen.

§ 6

Schlußbestimmung

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft. Alle gleichlautenden oder entgegenstehenden Bestimmungen treten außer Kraft; insbesondere werden aufgehoben:

- a) die JME vom 3. Mai 1946 Nr. 1200 — B 8. 4019/46;
- b) die JME vom 21. Dezember 1950 Nr. 2100 — VI — 19148/50;
- c) Ziff. 1 Buchst. a und b der JME vom 2. November 1955 Nr. 3130 — I — 45/55.

München, den 30. November 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

I. V. Eilles, Staatssekretär

Verordnung

über die Führung des Handelsregisters

Vom 30. November 1956

Auf Grund des § 125 Abs. 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird verordnet:

§ 1

Handelsregister werden geführt bei den Amtsgerichten

- 1) Amberg, Ansbach, Aschaffenburg, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Deggendorf, Hof, Landshut, Memmingen, Passau, Schweinfurt, Traunstein, Weiden und Würzburg für alle Amtsgerichtsbezirke des jeweils übergeordneten Landgerichts;
- 2) München für dessen Bezirk und für alle Amtsgerichtsbezirke des Landgerichts München II;
- 3) Augsburg für die Amtsgerichtsbezirke Aichach, Augsburg, Friedberg, Landsberg a. Lech, Schwabmünchen und Wertingen;
- 4) Eichstätt für die Amtsgerichtsbezirke Beilngries, Eichstätt und Weißenburg i. Bay.;
- 5) Fürth für die Amtsgerichtsbezirke Erlangen, Fürth, Neustadt a. d. Aisch, Scheinfeld und Windsheim;

- 6) Kempten (Allgäu) für die Amtsgerichtsbezirke Füssen, Immenstadt i. Allgäu, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Marktoberdorf, Schongau und Sonthofen;
- 7) Lindau (Bodensee) für die Amtsgerichtsbezirke Lindau (Bodensee) und Weiler-Lindenberg;
- 8) Neuburg a. d. Donau für die Amtsgerichtsbezirke Dillingen a. d. Donau, Donauwörth, Neuburg a. d. Donau, Nördlingen und Schrobenhausen;
- 9) Nürnberg für die Amtsgerichtsbezirke Hersbruck, Hilpoltstein, Lauf (Pegnitz), Neumarkt i. d. OPf., Nürnberg, Roth b. Nürnberg und Schwabach;
- 10) Regensburg für die Amtsgerichtsbezirke Abensberg, Burglengenfeld, Hemau, Kelheim, Parsberg, Regensburg, Riedenburg und Roding;
- 11) Straubing für die Amtsgerichtsbezirke Bogen, Kötzing, Mitterfels, Neukirchen b. Hl. Blut und Straubing.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft. Alle entgegenstehenden Bestimmungen treten außer Kraft; insbesondere werden aufgehoben:

- a) § 2 der Bekanntmachung des Bayer. Staatsministeriums der Justiz über die Führung des Handelsregisters vom 24. Dezember 1899 (JMBl. n. F. Bd. I S. 187) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Februar 1932 (JMBl. n. F. Bd. IV S. 1);
- b) die Bekanntmachung des Bayer. Staatsministeriums der Justiz über die Registerführung bei den vormals coburgischen Amtsgerichten vom 9. April 1921 (JMBl. n. F. Bd. II S. 124);
- c) die Verordnung über die Führung des Handelsregisters durch das Amtsgericht Lindau vom 8. Mai 1956 (GVBl. S. 92).

München, den 30. November 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

I. V. Eilles, Staatssekretär

Verordnung

über die Bildung von Kammern für Handelssachen

Vom 30. November 1956

Auf Grund des § 93 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes wird verordnet:

§ 1

Kammern für Handelssachen bestehen bei den Landgerichten

- 1) Ansbach,
- 2) Aschaffenburg,
- 3) Augsburg,
- 4) Bamberg,
- 5) Bayreuth,
- 6) Coburg,
- 7) Hof,
- 8) Kempten (Allgäu),
- 9) Landshut,
- 10) Memmingen,
- 11) München I,
- 12) München II,
- 13) Nürnberg,
- 14) Passau,
- 15) Regensburg,
- 16) Schweinfurt,
- 17) Traunstein,
- 18) Würzburg

für den Landgerichtsbezirk jeweils am Sitz des Landgerichts.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft.

München, den 30. November 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

I. V. Eilles, Staatssekretär

Verordnung

über die Zuständigkeit zur Verhandlung und Entscheidung von Binnenschiffahrtssachen

Vom 30. November 1956

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrts- und Rheinschiffahrtssachen vom 27. September 1952 (BGBl. I S. 641) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Zuständigkeit zur Bestimmung von Schiffahrtsgerichten vom 13. Juli 1956 (GVBl. S. 127) wird verordnet:

§ 1

(1) Die Verhandlung und Entscheidung von Binnenschiffahrtssachen werden zugewiesen:

- a) dem Amtsgericht Regensburg als Schiffahrtsgericht für den bayerischen Teil der Donau einschließlich Altmühl, Isar, Lech, Naab, Regen und Regnitz sowie für den Ludwigs-Donau-Main-Kanal;
- b) dem Amtsgericht Würzburg als Schiffahrtsgericht für den bayerischen Teil des Mains.

(2) Als Schiffahrtsobergericht wird für die in Abs. 1 genannten Fälle das Oberlandesgericht Nürnberg bestimmt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft. Die Verordnung vom 3. September 1956 über die Zuständigkeit zur Verhandlung und Entscheidung von Binnenschiffahrtssachen (GVBl. S. 161) wird aufgehoben.

München, den 30. November 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

I. V. E i l l e s, Staatssekretär

Verordnung

über die Organisation des Gestütswesens, der Pferdezuchtinspektionen und der staatlichen Hufbeschlagschulen

Vom 1. Dezember 1956

Auf Grund des Art. 77 Abs. 1 S. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern und des § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einrichtung staatlicher Behörden vom 31. März 1954 (GVBl. S. 56) wird unter Zusammenfassung früherer Organisationsbestimmungen angeordnet:

§ 1

(1) Die nachfolgenden Gemeinden sind Sitz eines Landgestüts mit dem angegebenen Amtsbereich:

- Landshut für die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz,
Ansbach für die Regierungsbezirke Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben.

(2) Die Landgestüte führen den Namen der Gemeinde ihres Sitzes.

§ 2

In der Ortschaft Schwaiganger (Gemeinde Ohlstadt, Landkreis Garmisch) besteht ein Stammgestüt. Dieses führt die Bezeichnung „Stammgestüt Schwaiganger“.

§ 3

(1) Die nachfolgenden Gemeinden sind Sitz einer Pferdezuchtinspektion mit dem angegebenen Amtsbereich:

- München für den Regierungsbezirk Oberbayern (ohne die Landkreise Traunstein, Laufen, Altötting, Berchtesgaden und den Amtsgerichtsbezirk Prien);
ferner für den Landkreis Friedberg und den Amtsgerichtsbezirk Neuburg a. D.;
Traunstein für die Landkreise Traunstein, Laufen, Altötting und Berchtesgaden;
ferner den Amtsgerichtsbezirk Prien;
Augsburg für den Regierungsbezirk Schwaben (ohne den Landkreis Friedberg und den Amtsgerichtsbezirk Neuburg a. D.);
Landshut für die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz;
Ansbach für die Regierungsbezirke Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken.

(2) Die Pferdezuchtinspektionen führen den Namen der Gemeinde ihres Sitzes.

§ 4

(1) Die nachfolgenden Gemeinden sind Sitz einer staatlichen Hufbeschlagschule mit dem angegebenen Schulbereich:

- München für den Regierungsbezirk Oberbayern,
Augsburg für den Regierungsbezirk Schwaben,
Deggendorf für die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz,
Nürnberg für die Regierungsbezirke Oberfranken und Mittelfranken,
Würzburg für den Regierungsbezirk Unterfranken.

(2) Die Hufbeschlagschulen führen den Namen der Gemeinde ihres Sitzes.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 31. Dezember 1956 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über das Gestütswesen vom 31. Juli 1935 (GVBl. S. 536) in der Fassung der Verordnung über das Gestütswesen vom 9. April 1937 (GVBl. S. 183) außer Kraft.

München, den 1. Dezember 1956

**Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**
Dr. B a u m g a r t n e r, Staatsminister

Verordnung

über die Offenhaltung der Verkaufsstellen an den Sonntagen vor Weihnachten

Vom 4. Dezember 1956

Auf Grund § 13 Abs. 2 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Der Zeitraum, während dessen die Verkaufsstellen an den beiden Sonntagen zwischen dem 8. und 21. Dezember (einschließlich der genannten Tage) geöffnet sein dürfen, wird von den Regierungen bestimmt. Die Verkaufszeit darf fünf zusammenhängende Stunden nicht überschreiten und muß spätestens um 18 Uhr enden; sie soll außerhalb der Zeit des Hauptgottesdienstes liegen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 5. Dezember 1956 in Kraft.

München, den 4. Dezember 1956

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Wilhelm H o e g n e r

Verordnung

über Einleitungsbehörden bei förmlichen Dienststrafverfahren in der Bayerischen Justizverwaltung (DV Just DStO)

Vom 4. Dezember 1956

Auf Grund des Art. 30 Abs. 1 Buchst. a) der Dienststrafordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. September 1955 (GVBl. S. 207) wird folgendes verordnet:

Die Aufgaben des Staatsministeriums der Justiz als Einleitungsbehörde werden für die Richter und für die Beamten aller Laufbahnen auf die Generalstaatsanwälte bei den Oberlandesgerichten allgemein übertragen. Zuständig ist der Generalstaatsanwalt, in dessen Bezirk der Richter oder der Beamte seinen dienstlichen Wohnsitz hat.

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft.

München, den 4. Dezember 1956

Bayerisches Staatsministerium der Justiz
I. V. Eilles, Staatssekretär

Zweite Bekanntmachung

über die Änderung der Allgemeinen Dienstordnung für die Staatsbehörden (ADOST.)

Vom 4. Dezember 1956

Die Allgemeine Dienstordnung für die Staatsbehörden (ADOST.) vom 22. Dezember 1953 (GVBl. 1954 S. 1) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1954 (GVBl. 1954 S. 164) wird wie folgt geändert:

1. § 47 Abs. 2 ADOST. erhält folgende Fassung:
„Mit den Bundesministerien und den Ministerien der anderen Bundesländer, ferner mit dem Bundestag, dem Bundesrat und dem Bevollmächtigten Bayerns beim Bund verkehren die nachgeordneten Behörden, soweit nichts anderes bestimmt ist, über die Staatsministerien. Das gleiche gilt für den Verkehr mit den Bundesbehörden, deren Wirkungskreis sich auf das ganze Bundesgebiet erstreckt, soweit nicht die Natur der Angelegenheit in besonderen Ausnahmefällen einen unmittelbaren Verkehr notwendig macht.“
2. § 52 Abs. 3 ADOST. erhält folgende Fassung:
„Gegenüber Privatpersonen ist nach Möglichkeit der Briefstil (persönliche Anrede und Höflichkeitsformel „Hochachtungsvoll“ o. ä.) anzuwenden. Dies gilt nicht im Zusammenhang mit Urteilen, Beschlüssen, gerichtlichen Bescheiden, Entschließungen oder Verfügungen und formularmäßig gehaltenen Schriftstücken oder wenn die Anwendung des Briefstils nach den besonderen Umständen des Falles nicht angezeigt erscheint.“
3. § 59 Abs. 4 ADOST. erhält folgende Fassung:
„Unter dem Namenszug ist — abgesehen von den Fällen des Abs. 3 b) — der Name maschinenschriftlich in Klammern zu wie-

derholen und die Amtsbezeichnung beizusetzen, sofern sie sich nicht schon aus dem Briefkopf ergibt. In den Fällen nach Abs. 3 a) und bei Quittungen ist neben der Unterschrift das Dienstsiegel beizudrücken.“

4. § 59 Abs. 5 ADOST. erhält folgende Fassung:
„Der Stellvertreter des Behördenleiters unterzeichnet mit dem Zusatz „I. V.“ (= „In Vertretung“). Abteilungsleiter und Sachgebietsleiter, denen die Befugnis zur abschließenden Zeichnung übertragen ist, unterzeichnen mit dem Zusatz „I. A.“ (= „Im Auftrag“); wenn sie auf Grund allgemeiner Anordnung in der Geschäftsverteilung oder auf Grund einer für den Einzelfall der Vertretung getroffenen Anordnung den Stellvertreter des Behördenleiters vertreten, unterzeichnen sie mit dem Zusatz „I. V.“ (= „In Vertretung“).“
5. § 68 Abs. 1 ADOST. erhält folgende Fassung:
„Die Behörden beschaffen ihren Bedarf an Postwertzeichen für einen angemessenen Zeitraum im voraus. Über die Verwendung wird laufend ein Nachweis geführt, der am Schlusse des Rechnungsjahres förmlich abzuschließen ist. Der mit der Verwaltung der Postwertzeichen betraute Bedienstete hat mit dem Abschluß im Postwertzeichennachweis zu bescheinigen, daß die ihm übergebenen Postwertzeichen zu dienstlichen Zwecken verwendet oder als Bestand in das neue Rechnungsjahr übernommen worden sind. Der Postwertzeichennachweis ist sodann der rechnungslegenden Amtskasse zur Behandlung als Rechnungsbeleg zu übergeben.“

München, den 4. Dezember 1956

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Wilhelm Hoegner

Berichtigungen

In Oberbergpolizeiliche Vorschriften für Pech- und Steinkohlenbergwerke im Oberbergamtsbezirk München vom 31. Juli 1946 (GVBl. 1947 S. 17, ber. S. 124) muß es heißen:

- a) in § 92 statt „und bei Fahrten“ richtig „auf Fahrten“,
- b) in § 133 Abs. 1 statt „(§ 131 Abs. 2 bis 4)“ richtig „(§ 132 Abs. 2 bis 4)“,
- c) in § 133 Abs. 3 statt „(§ 131 Abs. 3 und 4)“ richtig „(§ 132 Abs. 3 und 4)“,
- d) in § 155 Abs. 1 statt „Dm“ richtig „DIN“.

In Oberbergpolizeiliche Vorschriften für die im Oberbergamtsbezirk München gelegenen Bergwerke mit Ausnahme der Pech- und Steinkohlenbergwerke und für die von den Bergbehörden beaufsichtigten Betriebe auf Steine und Erden vom 31. Juli 1946 (GVBl. 1947 S. 53) muß es heißen:

- a) in § 110 statt „hat“ richtig „hatte“,
- b) vor § 200 statt „Abschnitt 12“ richtig „Abschnitt 11“.

München, den 29. November 1956

Bayerisches Oberbergamt
Barth, Präsident

